

SIEGE UND NIEDERLAGEN:
DER SLOWAKISCHE WIRTSCHAFTSNATIONALISMUS
VOR 1918

Von Roman Holec

*What is more, a deeper analysis of the history of nationalist ideologies and movements justifies the hypothesis that ... the phenomenon referred to as economic nationalism is a very peculiar kind of nationalism, and at the same time, its crowning.**

Die industrielle Revolution, die Industrialisierung und alle sozioökonomischen Auswirkungen, die sie nach sich zogen, trafen in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert auf ein weiteres für diese Periode charakteristisches Phänomen: den Aufstieg des Nationalismus. Einige Autoren, so L. L. Snyder, E. Gellner und andere, betrachten den Nationalismus gar als ein Produkt der industrialisierten Gesellschaft. Im 19. Jahrhundert prägte er die gesellschaftlichen Entwicklungen und beeinflusste auch das Leben einzelner in allen Bereichen. In seinem Namen wurden Menschen in politische Kämpfe geführt und sogar in blutige Kriege getrieben. Auch in der ökonomischen Theorie und Praxis setzte sich der Nationalismus durch. Darin liegt die Tatsache begründet, daß seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts dem wirtschaftlichen Antagonismus in seiner engen Verbindung mit dem zunehmenden Nationalismus auch eine nationale (politische) Dimension zuwuchs und umgekehrt nationale (politische) Konflikte auch in den Bereich der Wirtschaft hinübergriffen. Es entstand der Wirtschaftsnationalismus als ideelle Konstruktion oder Bewegung, in der das Politische und das Ökonomische unter dem gemeinsamen Vorzeichen des Nationalen miteinander verschmolzen. Diese Idee oder Bewegung schlug sich darin nieder, daß einzelne Völker sich ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit bewußt wurden und ihre Bemühungen darauf richteten, sich ökonomisch zu emanzipieren, im Falle der Slowakei vor allem autark zu werden. Hier kann man schon vom Wirtschaftsnationalismus als einem Mittel zum Zweck sprechen, das auf der politisch-ökonomisch-nationalen Solidarität der Angehörigen eines Volkes basierte. Da aber jede Solidarität eine Form von Egoismus darstellt, hat sie immer auch ein konkretes Objekt – den Staat oder das Volk nämlich, gegen das sie sich richtet. Und da jede Aktion gesetzmäßig eine Reaktion hervorruft, hat der Wirtschaftsnationalismus zugleich eine offensive und eine defensive Seite.

Die Habsburgermonarchie als multinationaler Staat bietet nachgerade ideale Laborbedingungen für die Analyse der skizzierten Prozesse. Vereinfacht lassen sich die folgenden zwei Grundmodelle unterscheiden:

* Kofman, J.: How to Define Economic Nationalism? In: Economic Nationalism in East-Central Europe and South America, 1918–1939. Hrsg. von H. Szlajfer. Genf 1990, 20.

1) Die Durchsetzung des nationalen Prinzips in den wirtschaftlichen Beziehungen zweier souveräner Staaten. Hier können die unterschiedlichsten Formen der Außenhandelsbeziehungen mit einem vielfältigen Instrumentarium zu ihrer direkten und indirekten Beeinflussung dominieren.

2) Die Durchsetzung des nationalen Prinzips in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen zwei oder mehreren Völkern, deren ethnische Grenzen sich nicht mit den politischen Grenzen decken. Hier dominiert der innerstaatliche Aspekt. Besonders kompliziert wird die Struktur, wenn ethnische Grenzen im Inneren des Staates die Herrschenden von den anderen trennen.

Für das hier zu behandelnde Thema ist in erster Linie das zweite Modell von Interesse. In einem Land wie der Habsburgermonarchie erfährt das Verhältnis zwischen Wirtschaft und politischem Nationalismus dadurch eine besondere Zuspitzung, daß ein Volk auf Kosten der anderen die Hegemonie innehat oder anstrebt. Die nationale Repression verschmilzt in einem solchen Fall mit der ökonomischen, und umgekehrt wird der Wirtschaftsnationalismus zu einem wichtigen Instrument des national-emanzipatorischen Kampfes auf politischer Ebene. Auch wenn sich ökonomische Prozesse in internationalen Zusammenhängen abspielen, setzt der Wirtschaftsnationalismus immer einen konkreten Gegner voraus, gegen den er gerichtet ist. Von der Qualität der wechselseitigen Beziehungen und dem Maß der Gegensätze hängt es ab, in welcher Form wirtschaftliche Interessen und Nationalismus aufeinandertreffen, welche konkrete Gestalt der Wirtschaftsnationalismus also annimmt. Charakteristisch ist dabei, daß meist der schwächere Partner die treibende Kraft ist und daß in der Regel die politische Dimension des Konfliktes zwischen beiden Völkern die beherrschende Rolle spielt. Wird der Wirtschaftsnationalismus als Waffe im politischen Kampf eingesetzt, so wird der Anschein erweckt, man schütze das Volk und die von ihm bewohnte Region bzw. seinen Staat vor den negativen Auswirkungen von Eingriffen fremder Politik, fremder wirtschaftlicher Interessen und eines fremden Nationalismus. Zugleich ist die Politik des Wirtschaftsnationalismus immer auch darauf ausgelegt, die Folgen von Konflikten zugunsten der unterschiedlichsten eigenen Interessen nutzbar zu machen.

Besonders anschaulich wird dies am Beispiel des Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn, in dem die Konflikte um die innere Zollgrenze immer wieder eskaliert sind und das in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Kossuths Schutzverein belastet wurde, ein Instrument des Boykotts, der als charakteristische Erscheinungsform des Wirtschaftsnationalismus gelten kann. Diese Konflikte konnten weder die Aufhebung der Zollgrenze nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn noch der österreichisch-ungarische Ausgleich beenden. Mit dem zunehmenden Willen, an der politischen Macht teilzuhaben, wuchs in Ungarn das Gefühl, ökonomisch diskriminiert zu werden, das seinen Grund in der realen wirtschaftlichen Unterentwicklung Transleithaniens im Vergleich mit Cisleithanien hatte. Konkret äußerte sich dies in den wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen, die regelmäßig alle zehn Jahre die Stabilität des Staates erschütterten, in verschiedenen desintegrativen Maßnahmen Ungarns im Bereich der Steuer-, Handels- und Industriepolitik, aber auch in Boykottkampagnen gegen Österreich wie der sogenannten Tulpenbewegung des Jahres 1906

(so benannt nach der tulpenförmigen Herkunftsmarke auf ungarischen Produkten). Die Monarchie wurde in den letzten Jahrzehnten ihrer Existenz von einer chronischen innenpolitischen Krise geschüttelt, von ungarischer Seite durch immer neue Übergriffe des Wirtschaftsnationalismus virulent gehalten und auf die Spitze getrieben. Von den Politikern wurde der Wirtschaftsnationalismus ebenso oft ins Feld geführt wie politische Argumente von den Wortführern der Wirtschaft.

Die Stellung der Slowaken als eines nationalpolitisch, sozial und ökonomisch unterdrückten Volkes war unter den Bedingungen der Habsburgermonarchie bzw. Ungarns noch weitaus komplizierter, ihre realen Möglichkeiten zur politischen und wirtschaftlichen Entfaltung auch räumlich weitaus enger begrenzt. Dabei mußten sie zusätzlich noch der magyarischen Politik Widerstand leisten, die ihnen grundsätzlich eine eigene nationale Identität absprach und die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens jedes legale wie auch rechtswidrige Mittel nutzte, um sie zu diskriminieren. Dieser ungleiche Kampf wurde vor allem in der politischen Arena geführt. Auf dem Feld der Wirtschaft waren die Slowaken als der schwächere von beiden Gegnern von vornherein benachteiligt und zur Niederlage verurteilt. Die Ursachen müssen vor allem in der ökonomischen Schwäche der Slowaken gesehen werden. Die ersten Anzeichen für einen slowakischen Wirtschaftsnationalismus lassen sich schon in der Publizistik L'udovít Štúrs, im Wirtschaftsentwicklungsprogramm der slowakischen Sparkasse von Bries (Brezno) aus dem Jahr 1846 und in der auf den Schutz der eigenen Wirtschaft zielenden Argumentation der Sparkasse von Mošovce aus demselben Jahr ausmachen.

Die Slowaken suchten ihre ökonomische Schwäche schon seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch den Aufbau einer genossenschaftlichen Selbsthilfebewegung zu kompensieren. Nur scheinbar paradox gebührt ihnen deshalb zusammen mit England, das damals als „Werkstatt der Welt“ galt, der Primat in der Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Dem ersten Aufstieg der Selbsthilfebewegung setzte nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn der Bachsche Neoabsolutismus ein Ende. Erst die Liberalisierung in den sechziger Jahren eröffnete neue Möglichkeiten für die Entwicklung verschiedener Typen von Genossenschaften und für die Durchsetzung der nun immer häufiger erhobenen Forderungen nach der Organisation des Handels, der Industrie und der Gewerbe in nationalem Rahmen. Im österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 wurden die jeweiligen Einflusssphären innerhalb des Staates abgesteckt. Für die Slowaken bedeutete der Ausgleich, daß sie nun wieder verschärfter nationaler Repression unterworfen wurden. So war es keineswegs Zufall, daß in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die ungarische Obrigkeit trachtete, die *Matica slovenská* und die slowakischen Gymnasien zu liquidieren, zugleich versucht wurde, die letzten Antialkoholvereine zu zerschlagen, und auch Kampagnen gegen viele Kredit- und Konsumgenossenschaften geführt wurden. Durch die Zerstörung dieser Strukturen sollte nicht nur ein Anwachsen der Wirtschafts- und Kapitalkraft der Slowaken unterbunden werden, sondern auch die – als Bedrohung empfundene – nationale Bewußtseinsbildung, die diese „Brennpunkte des Panslawismus“ im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten nicht nur fördern konnten, sondern erklärtermaßen auch sollten. In dieser Haltung wurden viele Vertreter der Staatsverwaltung etwa dadurch bestärkt, daß während der Vollversammlung der *Matica slovenská* im August

des Jahres 1870 in Turčiansky Sv. Martin (weiter nur Martin) deren Ehrenvizevorsitzender Jan Francisci eine außerordentliche Sitzung der Repräsentanten der Kreditgenossenschaften einberief, auf der hervorgehoben wurde, daß die Gründung einer Dachorganisation sowie einer Zeitschrift, die die gemeinsamen Interessen vertreten sollte, unumgänglich sei. Solche Bemühungen um Integration und die offensichtliche Politisierung bzw. Nationalisierung von Vereinen, die ursprünglich rein wirtschaftliche und soziale Ziele verfolgt hatten, wollten und konnten die Magyaren nicht zulassen.

Die Ebene, auf der der slowakisch-magyarische Antagonismus Formen des Wirtschaftsnationalismus annahm, war zunächst die der Genossenschaften, des Finanzwesens und des Handels sowie der Industrie, wo die ersten Aktiengesellschaften gegründet wurden.

Am Beispiel der Genossenschaften läßt sich die Doppelzüngigkeit des herrschenden Regimes demonstrieren. Auf der einen Seite wurden ein Interesse des Staates an den Genossenschaften und die Bereitschaft, sie zu unterstützen, deklariert, auf der anderen Seite wurden legislative Maßnahmen getroffen, die diese Haltung Lügen strafte. 1875 wurde das Handelsgesetz Nr. XXXVII./1875 als erste und bis 1918 wichtigste Rechtsnorm für das Genossenschaftswesen verabschiedet. Das Gesetz schuf einerseits die Rechtsgrundlage für die Gründung und Verbreitung von Genossenschaften aller Typen, doch zugleich komplizierte es erheblich den Rechtsstatus bereits bestehender Genossenschaften. Es zwang sie, verschiedene Umstrukturierungsmaßnahmen zu ergreifen, die sie nicht immer bewältigen konnten und in vielen Fällen auch nicht bewältigt haben. Es ging um die Vereinheitlichung der Statuten, um das Verbot, Einlagen von Nichtmitgliedern anzunehmen, wodurch einseitig Banken und Sparkassen bevorteilt wurden, und weitere Beschränkungen. Zulassungsverfahren slowakischer Genossenschaften wurden künstlich in die Länge gezogen, und Schikanen gegen ihre Funktionäre waren an der Tagesordnung. Darüber hinaus wurde innerhalb kurzer Zeit der Steuersatz für die Genossenschaften erhöht, Behörden legten ihnen Steine in den Weg, vor allem wenn ihre Agenda in slowakischer Sprache geführt wurde, und sogar von seiten der Kirche wurde zunehmend Druck ausgeübt: Priestern, die sehr häufig die Initiatoren der Selbsthilfebewegungen gewesen waren, wurde verboten, auf diesem Gebiet irgendwelche weiteren Aktivitäten zu entfalten. Wie Pilze nach dem Regen vermehrten sich zudem verschiedene Konkurrenzbetriebe, die alle erdenkliche Unterstützung seitens der staatlichen Verwaltung genossen. Die Folge dieses systematischen Drucks und der allgemeinen Stagnation der slowakischen Nationalbewegung nach dem Jahr 1875 war die nahezu vollständige Paralyse der genossenschaftlichen Selbsthilfeidee.

Noch rücksichtsloser ging die Staatsmacht gegen die ersten slowakischen Aktiengesellschaften vor. Ein charakteristisches Beispiel ist das Schicksal eines Betriebes zur Herstellung von Fässern in Karpfen (Krupina) zu Beginn der siebziger Jahre. Er fiel einer Persekutionskampagne zum Opfer, die die örtlichen Behörden gegen ihn angezettelt hatten. Die ersten slowakischen Geldinstitute mußten wiederum mit systematischer staatlicher Kontrolle und ständiger Diskriminierung fertigwerden. Dies betraf etwa die Sparkasse von Turčiansky Sv. Martin, die 1869 gegründet worden war. Nach ihren Statuten mußte sie dulden, daß ein Beauftragter des zuständigen Ministeriums an allen Sitzungen teilnahm, und ihn über ihre wirtschaftliche Lage und ihre Ge-

schäftsaktivitäten informieren. Der Staat zögerte nicht, in diese direkt einzugreifen. Die *Tatrabanka* in Martin, die die Patrioten und Unternehmer aus den Komitaten Turocz (Turiec), Liptau (Liptov) und Arva (Orava) als Flaggschiff der slowakischen Finanzwirtschaft, als deren zentrale und kapitalstärkste Institution gründen wollten, wurde zur Zielscheibe scharfer Attacken seitens der Staatsmacht. Diese entsprangen der Furcht vor dem Aufstieg des slowakischen Kapitals und aus der Überzeugung, daß es sich um ein „panslawisches“ Unternehmen handle, das es mit allen Mitteln zu verhindern gelte. Nachdem alle gesetzlichen Mittel und auch die Möglichkeiten von Verfahrensverzögerungen erschöpft waren, kamen Maßnahmen zum Zuge, die sich an der Grenze von Recht und Gesetz bewegten. Die *Tatrabanka* sollte nach den Peripetien, die sich fast ein Jahr lang hingezogen hatten, im August 1885 ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen, doch der zuständige Staatskommissar ließ die Protokollierung der Firma im amtlichen Mitteilungsblatt aussetzen, wodurch er wiederum der staatlichen Bürokratie Zugriffsmöglichkeiten eröffnete. Es handelte sich nicht um einen eigenmächtigen Schritt; vielmehr war es der Ministerpräsident Koloman Tisza selbst, der hinter den Kulissen die Fäden zog. Das Handelsministerium nahm sämtliche schriftlichen Unterlagen an sich und forderte eine Stellungnahme des Justizministeriums an, von der alles Weitere abhängen sollte. Die Angelegenheit kam ins Stocken, und auch die zahlreichen Deputationen, Interventionen und Zuschriften an höchste Stellen halfen nicht. Erst als die Ministerien die gesetzliche Frist überschritten hatten, innerhalb deren die Angelegenheit hätte erledigt sein müssen, erreichte eine Deputation, bestehend aus dem Direktor der Bank Rudolf Krupec und dem Verwaltungsratsmitglied Ján Milec bei Tisza einen nennenswerten Schritt vorwärts, freilich um den Preis eines schwerwiegenden Zugeständnisses. Tisza forderte Garantien in bezug auf die Besetzung der Ämter des Vorsitzenden und des Vizevorsitzenden der Bank, deren Wahl vom zuständigen Ministerium bestätigt werden sollte, bevor sie wirksam wurde. Die nötigen Änderungen der Statuten unterwarfen die Bank der staatlichen Kontrolle in einem Maße, wie es bei keinem anderen Geldinstitut der Fall war. Die *Tatrabanka* konnte erst 1886 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Man könnte eine ganze Reihe von Beispielen dafür anführen, wie unter dem Deckmantel des Wirtschaftsnationalismus bewußt und unverhüllt nicht nur der deklarierte wirtschaftliche Liberalismus unterlaufen wurde, sondern sogar gültige Rechtsnormen. Die Vorbereitungen zur Eröffnung einer Filiale der *Tatrabanka* in Prešov 1909 lösten eine hysterische Abwehrkampagne seitens der örtlichen Behörden und der Presse aus, die Filiale der *Ludová banka* (Volksbank) aus Neustadt an der Waag (Nové Mesto nad Váhom) in Vrbové wurde Ende März 1911 Zeuge eines gewaltsamen Raubes von Lohngeldern durch Gendarmen, und Michalovce erlebte 1913 einen regelrechten psychologischen Krieg gegen eine neue Filiale der Budapester *Ústredná banka* (Zentralbank) mit Protestversammlungen, Hetzflugschriften usw. Lösungen für diese Konflikte mußten die Slowaken bei den höchsten Instanzen von Gesetzgebung und Exekutive einfordern, und das obwohl sich die beschriebene Persekution mit deren stillschweigendem Einverständnis abspielte.

Es war kein Zufall, daß viele der politisch diskriminierenden Entscheidungen der Legislative und Exekutive ökonomisch motiviert waren und daß dennoch Verwaltungsorgane immer wieder nach noch größeren politischen Eingriffen seitens des Staa-

tes in wirtschaftliche Prozesse verlangten. Die ökonomische Dimension der nicht-magyarischen nationalemanzipatorischen Bestrebungen betrachtete die Regierung als außerordentlich gefährlich, da sie sich unmittelbar auch auf der politischen Ebene auswirkte.

Daß man den angeführten Beispielen zum Trotz behaupten kann, daß der magyarischeslowakische Antagonismus gerade im Bereich der Wirtschaft besonders erbittert und zugleich besonders ausgeglichen war, hat mehrere Gründe. Den Slowaken gelang es immer wieder, in den Maßnahmen der Regierung zur Liberalisierung der Wirtschaft und zur Förderung der Industrialisierung Spielräume gesetzlicher wie praktischer Natur zu finden, um ihre Bestrebungen zu realisieren. Ebenso gelang es ihnen, wenn auch in begrenztem Maße, Kapital aus eigenen Quellen zu akkumulieren, aber auch z. B. aus den USA, wo sich eine zahlreiche Kolonie slowakischer Emigranten bildete. In den neunziger Jahren begannen sie von neuem, die Selbsthilfeidee der Genossenschaftsbewegung durchzusetzen, und in derselben Zeit wurde auch die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit in der Wirtschaft neu belebt, die sich schon früher für die slowakischen Bemühungen um ökonomische Emanzipation als nützlich erwiesen hatte.

In der Mitte der sechziger Jahre, als die staatsrechtliche Ordnung im Habsburgerreich neu geregelt wurde, war das tschechisch-slowakische Verhältnis merklich abgekühlt. Jeder von beiden Partnern verfolgte sein eigenes politisches Konzept, so daß zahlreiche Mißverständnisse und Konflikte aufbrachen. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich kamen deshalb Kontakte und die ersten Schritte zu einer tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit nur langsam und zögerlich in Gang. Die tragende Rolle fiel dabei den wirtschaftlichen Beziehungen zu, auch wenn sie zunächst nicht zahlreich waren. Aufgrund der realen Gegebenheiten und Möglichkeiten gestaltete sich die wechselseitige Zusammenarbeit zumeist als tschechische Hilfe an die Slowakei, wobei jedoch auf theoretischer Ebene beide Seiten ihre gemeinsamen Aktivitäten als gemeinsame Interessen im Sinne des Wirtschaftsnationalismus deklarierten und auch praktizierten. Dadurch wuchs der Wirtschaft in der Praxis die Bedeutung eines politischen Schauplatzes zu. Das tschechische Engagement in der slowakischen Wirtschaft wurde zwangsläufig zu einem Faktor in den politischen Kämpfen und sogar zu deren Gegenstand. Eines der ersten Beispiele dieses neuen Phänomens in den tschechisch-slowakischen Beziehungen war die Tätigkeit und das Schicksal des Prager Versicherungsinstituts *Slavia* in der Slowakei bzw. in Ungarn.

In die Slowakei war das Unternehmen gegen Ende der siebziger Jahre mit dauerhafterem Erfolg durchgedrungen, als es gezielt die Expansion in die slawischen Teile der Monarchie betrieb. Mit der Parole der „slawischen Wechselseitigkeit“ suchte es den Aufschwung des nationalen und slawischen Empfindens auszunutzen, um der tschechischen Versicherung wohlwollende Aufnahme in der Slowakei zu sichern. Damit schlug es zugleich eine Bresche für die künftige Expansion des tschechischen Kapitals, das vorrangig in ebendiese Richtung drängte.

Während man das Versicherungsinstitut *Slavia* in Ungarn mit Mißtrauen, ja sogar mit Besorgnis betrachtete, wurde es in der Slowakei mit offenen Armen willkommen geheißen. Im ranghöchsten Repräsentanten der *Slavia*, dem Grafen Jan O. Harrach, sah man in der Slowakei vor allem das ehemalige Mitglied der *Matica slovenská* und

einen großen Freund der Slowaken, der nicht zögerte, bis nach Martin zu reisen, um die slowakischen Vertrauensleute der Prager Versicherungsanstalt zu treffen. Auch die praktischen Schritte und Aktivitäten von Jan Koutek, dem Hauptvertreter der Slavia in Martin, erweckten erfolgreich den Anschein, als sei die *Slavia* bemüht, mit ihren wirtschaftlichen Interessen auch nationalpolitische Ziele zu verbinden. Viele bedeutende slowakische Patrioten arbeiteten in verschiedenen Städten, Gemeinden und Regionen der Slowakei für die *Slavia*, in der Überzeugung, sich für die Prosperität eines Unternehmens des tschechischen Brudervolkes zu engagieren und zugleich eigene slowakische Ziele zu verfolgen. Sie erwarteten von der *Slavia* nicht nur seriöses Geschäftsgebaren im lukrativen Versicherungsgeschäft, das auf diese Weise fremden Händen entrissen werden sollte, sondern sie verließen sich – getäuscht durch die slawische Maske der *Slavia* – auch darauf, daß das Unternehmen im Gegenzug die Slowaken und ihren Kampf um nationale Emanzipation materiell unterstützen würde. Vor allem die letztere Erwartung gedachte die Prager Zentrale der *Slavia* freilich keineswegs zu erfüllen oder allenfalls indirekt durch Schalten von Anzeigen in slowakischen Zeitungen und Abonnements, Zusammenarbeit mit slowakischen Banken und Aufträge an slowakische Druckereien. Auf keinen Fall wollte sie sich aber in die politischen Kämpfe hineinziehen lassen, was in internen Verordnungen eindeutig erklärt wurde.

Es wäre naiv, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß das slawische Programm der *Slavia* und die Ideen des Wirtschaftsnationalismus, die man mit Parolen wie *Svoj k svému* (Jeder zu den Seinen) und der Kampagne für „unsere“ Versicherungsanstalt durchzusetzen suchte, unter den Bedingungen, wie sie in Ungarn bzw. der Slowakei herrschten, ein Politikum waren – wenn wir nicht wüßten, daß es schlicht darum ging, sich mit Hilfe der Slowaken auf dem slowakischen Versicherungsmarkt zu etablieren. Von dem Unternehmen war es naiv, nicht mit Widerstand seitens der Slowaken wie auch seitens offizieller staatlicher Stellen zu rechnen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis dem Versicherungsinstitut von der einen Seite das allzu geringe Engagement für die nationalpolitischen Interessen vorgeworfen wurde und von der anderen Seite Aktivitäten, die sich nicht mit der üblichen Tätigkeit eines Geldinstituts vertrugen. Der Wirtschaftsnationalismus, der das Unternehmen, als es in den ungarischen Markt durchzudringen versuchte, in dem Glauben bestärkte, daß er sich zu seinen Gunsten auswirken würde, ohne es zu politischem Engagement zu zwingen, wirkte sich für die *Slavia* am Ende negativ aus. Die Magyaren betrachteten die Tätigkeit des Versicherungsinstituts nämlich auf dieselbe Weise wie die Slowaken, nämlich ausschließlich durch die politische Brille. Angesichts des herrschenden Antagonismus konnte das Prager Versicherungsunternehmen nicht beiden Seiten gerecht werden und am Ende nicht einmal einer Seite allein. Die farblose, apolitische Haltung konnte die *Slavia* nicht vor Persektionskampagnen von ungarischer Seite bewahren, und sie verhalf ihr auch nicht dazu, Sympathien und Unterstützung in slowakischen Kreisen zu gewinnen, die sie doch mit großen Hoffnungen aufgenommen hatten. Das Unternehmen fand sich zwischen zwei Mühlsteinen wieder, und es war immer weniger in der Lage, auch nur eines von beiden Lagern seiner Kritiker zufriedenzustellen.

Konzeptionelle Meinungsverschiedenheiten und die enttäuschten Hoffnungen der Slowaken mündeten in eine ganze Reihe von Konflikten mit der Führung der *Slavia*

und ihren Repräsentanten aus. Diese Auseinandersetzungen waren Wasser auf die Mühlen aller Gegner tschechisch-slowakischer Zusammenarbeit, ob aus politischen oder aus ökonomischen Gründen. Schließlich demonstrierte die Causa des Versicherungsinstituts *Slavia* eindrucksvoll die unterschiedlichen Ausprägungen des Wirtschaftsnationalismus: die aggressive, wie sie die ungarischen Behörden und kirchlichen Kreise mit ihren rücksichtslosen Kampagnen betrieben, die defensive, wie sie sich in den Vorstellungen der Slowaken von materieller Unterstützung für ihren Kampf um nationale Emanzipation äußerte, bis hin zu dem gezielten Mißbrauch, wie ihn die *Slavia* unter der Flagge der slawischen Wechselseitigkeit betrieb.

1885 war das Versicherungsunternehmen unter dem Druck ungarischer Staatsorgane gezwungen, sich offiziell und „freiwillig“ vom Territorium der Stephanskronen zurückzuziehen. Die Slowakei hatte es aus taktischen Gründen schon früher verlassen, aber nicht einmal das hatte es vor feindseliger Hysterie bewahren können.

Das Ende des 19. Jahrhunderts brachte tiefgreifende Veränderungen in der wirtschaftlichen und politischen Situation der Monarchie und Ungarns mit sich. Sie wirkten sich auch in der Slowakei aus, wo die nationalemanzipatorische Bewegung in eine neue Phase eintrat. Im Bereich der Wirtschaft wuchsen die Ambitionen der slowakischen Nationalökonomien und Unternehmer. Je kühner ihre Projekte und je zielbewußter ihre konkreten Bemühungen wurden, desto mehr nahm auf Seiten der Staatsmacht die Furcht vor dem wirtschaftlichen Aufstieg der slowakischen Nationalbewegung zu, der sich unzweifelhaft auch politisch ausgewirkt hätte. Dies war der wichtigste Antrieb des aggressiven ungarischen Wirtschaftsnationalismus, der wiederum bei den Slowaken einen Abwehrreflex in Form einer ökonomisch-nationalistischen Gegenbewegung auslöste. Jede der beiden gegeneinander stehenden Seiten entwickelte eine eigene Argumentation, die als Deckmantel – Begründung oder Rechtfertigung – für politische oder wirtschaftliche Maßnahmen und Schritte dienen sollte.

Die slowakische Publizistik, slowakische Unternehmer und Nationalökonomien eigneten sich rasch die Parole des tschechischen Wirtschaftsnationalismus *Svíj k svému* an. So richtete der bekannte Hersteller landwirtschaftlicher Maschinen, Michal Treskoň aus Bytča, in Werbeanzeigen folgenden Aufruf an potentielle Kunden: „Landmaschinen braucht man heute nicht mehr teuer im Ausland oder bei feindlichen Firmen zu kaufen, denn meine Produkte haben beachtliche Vollkommenheit erreicht . . . es sind von slowakischer Hand gefertigte Maschinen, Produkte einheimischer Industrie, und deshalb verdienen sie die besondere Aufmerksamkeit eines jeden, dem die Entwicklung der slowakischen Industrie am Herzen liegt.“¹ Die allgemein bekannte slowakische Prägung des Betriebs von Michal Treskoň nutzte das Landmaschinenbauunternehmen Wichterle aus dem mährischen Proßnitz (Prostějov), um mit dessen Hilfe, unter slowakischem Etikett, erfolgreich mit seinen Produkten in den slowakischen Markt vorzudringen. Offenbar war hier, wie in etlichen weiteren Fällen, aus Furcht vor einem Einschreiten durch ungarische Behörden dem slowakischen Wirtschaftsnationalismus der Vorzug vor der Propagation der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit gegeben worden.

¹ Nach den Anzeigen im Evangelischen Kalender für das Jahr 1904 und in den *Národné noviny* 1885.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewannen die Slowaken für ihre unternehmerischen Aktivitäten einen wichtigen Verbündeten: das tschechische Kapital und tschechische Unternehmer, die nun, in einer Zeit des tschechischen wirtschaftlichen Aufschwungs, quasi auf den Spuren der Versicherungsgesellschaft *Slavia* außerhalb Böhmens expandierten. Daß die Banken und Unternehmer die slawischen Regionen der Habsburgermonarchie bevorzugten, begründeten sie mit nationalpolitischen Argumenten, wie der Idee der slawischen Wechselseitigkeit bzw. dem Neoslawismus und mit Argumenten politisch-ökonomischen Charakters. So betonten sie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unter den unterdrückten Völkern der Monarchie auch im Bereich der Wirtschaft. Eine große, sogar die wichtigste Rolle spielte zweifellos der rein unternehmerisch-ökonomische Aspekt: Die tschechischen Geldinstitute konnten in Regionen, wo akuter Kapitalmangel herrschte und zugleich Arbeitskräfte wie auch Rohstoffe billig zu haben waren, hohe Gewinne erzielen.

In der Slowakei wurde das Vordringen des tschechischen Kapitals unzweifelhaft anders aufgenommen als etwa in Galizien, Dalmatien, Kroatien oder anderswo. In den neunziger Jahren, jenem Zeitraum, in dem dieses Phänomen seine Wurzeln hat, erlebte die slowakische Gesellschaft tiefgreifende qualitative Veränderungen, die in zahlreiche politische und wirtschaftliche Aktivitäten ausmündeten. Begleitet wurden diese freilich von wachsendem antislowakischem Druck seitens lokaler wie auch staatlicher Verwaltungsorgane und von der immer aggressiveren Nationalitätenpolitik der Regierung. Dank des starken Bewußtseins der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit und der regen Kontakte praktisch in allen Lebensbereichen wurden die tschechisch-slowakischen Beziehungen zu einer der vitalsten Alternativen für die Zielrichtung des nationalemanzipatorischen Kampfes. Die 1896 gegründete *Československá jednota* (Tschechoslawische Union) und ihre Aktivitäten bildeten – nach Jahren der Suche nach einer eigenen Konzeption – einen guten Rahmen für die Organisation und Koordination der Zusammenarbeit in der Nationalökonomie. In der Slowakei wurde sie vor allem von dem liberalen Kreis um die Zeitschrift *Hlas* und von den Nationalökonomien und Finanzexperten der jungen Generation unterstützt.

Die Meinungen über das tschechische Kapital und seine Rolle in der Slowakei gingen freilich auseinander. Vereinzelt hieß es, so von Štefan Janšák, daß „die ökonomische Annäherung, bei der es ja nur um den materiellen Aspekt geht und die im Grunde nur durch den beiderseitigen materiellen Vorteil motiviert ist, keinen Altruismus und keine Selbstaufopferung zuläßt, wie es im kulturellen Bereich eher möglich ist ... In den wirtschaftlichen Beziehungen würden altruistische Opfer der Sache eher schaden, sie sogar schon im Keim ersticken, weil sich der Gebende rasch erschöpfen und der Nehmende demoralisiert würde.“² Eine andere Ansicht – und man muß sagen, daß diese in der slowakischen Gesellschaft vorherrschte – vertrat der Bankier und Unternehmer Július Markovič. Im Jahre 1911 hielt er Repräsentanten des tschechischen Kapitals in Luhatschowitz (Luhačovice) vor, daß ihr Engagement in der Slowakei „ausschließlich vom Geist des Bankgeschäfts beherrscht wird, vom Geist der Berechnung und Ausbeutung, also von einem Geist und einer Zielrichtung, die zwar vom

² Janšák, Š: *Agrárna otázka a československá vzájemnosť* [Die Agrarfrage und die tschechoslowakische Wechselseitigkeit]. *Průdy* 5, Nr. 9–10, Juli-August 1914 (Mai 1919), 402–403.

Standpunkt des Bankwesens aus vollkommen korrekt ist, aber nicht geeignet, brüderliche Beziehungen auf der Grundlage rassischer oder ethnographischer Wechselseitigkeit anzuknüpfen.“³ Er forderte altruistische, aus der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit entspringende Hilfe. Sogar etliche Funktionäre der *Československá jednota* stimmten ihm bereitwillig zu und unterstützten seine Argumente. Freilich waren es solche, die weder den nötigen Einfluß hatten noch über hinreichende finanzielle Mittel verfügten. Das tschechische Kapital hatte freilich seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts seine eigenen Prioritäten.

Da die Aktivitäten einzelner tschechischer Banken nicht den Erwartungen von slowakischer Seite entsprachen, waren viele enttäuscht, und es entstanden Konflikte und Meinungsverschiedenheiten, die sich dann auch in den Ergebnissen einer Umfrage über die tschechisch-slowakische Wechselseitigkeit niederschlugen, die die Zeitschrift *Průdy* vor dem Ersten Weltkrieg veranstaltete. Auf slowakischer Seite wurde in vielen Stellungnahmen scharfe Kritik an den Praktiken der tschechischen Geldinstitute gegenüber ihren slowakischen Partnern geäußert. Dahinter stand nicht nur die Forderung nach einer altruistischen Haltung des Reicheren gegenüber dem weniger Entwickelten, sondern mehr noch Vorwürfe, die Fusionen des tschechischen Kapitals mit dem ungarischen, höhere Kreditkosten und die Reeskomptierungspraxis zum Gegenstand hatten – Geschäftspraktiken der Tschechen, durch die die Slowaken nicht selten offen diskriminiert wurden.

Alle Beiträge zu der Umfrage enthalten von verschiedenen Standpunkten aus vorgebrachte Stellungnahmen zum Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und nationalen Belangen. Die tschechische Finanzwirtschaft neigte in bezug auf die Slowaken eher dazu, vor dem Hintergrund der nationalen Unterdrückung und des unterschiedlichen Entwicklungsgrades in sozioökonomischer Hinsicht den wirtschaftlichen Aspekt in den Vordergrund zu rücken. Die Slowaken dagegen maßten auch auf dem Gebiet der Wirtschaft ausschließlich dem nationalen Aspekt Bedeutung bei; für sie war der Wirtschaftsnationalismus typisch.

Am markantesten schlugen sich diese widersprüchlichen Haltungen 1902–1903 im Kampf um die Zellulose-Fabrik von Martin nieder, die das größte Objekt der tschechisch-slowakischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit war. In diesem Konflikt spielte das größte tschechische Geldinstitut, die *Živnostenská banka*, eine besonders unrühmliche Rolle. Sie nutzte den Umstand aus, daß die Bedingungen ihrer – n. b. nur widerwillig eingegangenen – Beteiligung an dem Projekt nicht vertraglich festgelegt worden waren, und forderte von der Verwaltung der Zellulose-Fabrik 1 % Zinsen auf das Kapital, das diese bei der Zentrale und den Filialen der Bank aufgenommen hatte. Für die *Živnostenská banka* ging es um die unbedeutende Summe von 6219 Kronen. Der Unternehmer und Finanzier Vladimír Makovický appellierte vergeblich an die proklamierte tschechisch-slowakische Wechselseitigkeit und erinnerte an die Bedeutung, die die Fabrik für die Öffnung des slowakischen Territoriums für tschechisches Kapi-

³ Markovič, J.: Vývin slovenského peňažníctva ... zo stanoviska česko-slovenskej jednoty [Die Entwicklung der slowakischen Finanzwirtschaft ... vom Standpunkt der tschechoslowakischen Einheit]. Slovenský peňažník 4, Nr. 2–4 vom 20. 2., 20. 3. und 20. 4. 1912 (Zitat: Nr. 3).

tal hatte. In dieser Zeit schrieb er nach Prag: „Auch wenn mir bewußt ist, daß man Geschäfte nicht aus Nächstenliebe macht und daß Sie keine Rücksicht auf andere als Ihre eigenen Interessen nehmen können, so denke ich doch, daß Sie, sofern es den Interessen Ihres Institutes nicht entgegensteht, uns wenigstens soweit entgegenkommen könnten, uns zwar keine Ausnahmeregelung einzuräumen, aber uns genauso zu behandeln wie andere Betriebe.“ Makovický spielte darauf an, daß es zu jener Zeit üblich war, allenfalls ¼ % auf aufgenommenes Kapital zu verlangen⁴.

Die *Živnostenská banka* gab nicht nach, sondern setzte ihrem ausgesprochen geschäftstüchtigen Gebaren noch die Krone auf, indem sie zusagte, die Provision auf ½ % zu reduzieren – unter der Bedingung, daß der Auftrag für die Installation der elektrischen Anlagen in der Zellulose-Fabrik der Prager Elektrotechnischen Aktiengesellschaft Kolben & Co. erteilt würde, die sie selbst gegründet hatte. Die Verwaltung der Zellulose-Fabrik wollte den Auftrag eigentlich der Gesellschaft *Helios* aus Sillein (Žilina) geben, an der mehrheitlich slowakisches Kapital beteiligt war. An diesem Beispiel wird sichtbar, daß die Kehrseite dieses Projektes, das vordergründig von erhabenen nationalen Motiven getragen war, harter Kampf um Gewinne bildete. Der lukrativste Auftrag ging am Ende an das bekannte Unternehmen *Ganz* in Budapest. Die Verwaltung der Zellulose-Fabrik, einschließlich ihrer tschechischen und mährischen Mitglieder, verfolgte damit offenbar pragmatisch die Absicht, ihre Attraktivität und ihr Renommee in ungarischen Industriekreisen zu erhöhen und sich zugleich die Möglichkeit zu eröffnen, von den ungarischen sog. Industriegesetzen zu profitieren und Steuererleichterungen oder Nachlässe auf Transportkosten zu erhalten. Vorerst freilich stand die mit modernster Technik ausgestattete neue Fabrik still und wartete auf die Betriebsgenehmigung. Ein bemerkenswertes, wenn auch erfolgloses Kapitel war der Versuch eines slowakisch-ungarischen Konsortiums aus der Region Arwa, Aktien aus tschechischem Besitz aufzukaufen und die Zellulose-Fabrik als ein slowakisch-ungarisches Gemeinschaftsprojekt zu deklarieren, um die Erteilung der Konzession zu beschleunigen.

Der Kampf um die Zellulose-Fabrik mit seinem tragischen Ausgang, als sich das ungarische Kapital des Unternehmens bemächtigte, hat die tschechisch-slowakischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet bis 1918 negativ beeinflusst. Auf slowakischer Seite nahm der Wirtschaftsnationalismus noch merklich zu, und das allgemeine Interesse an wirtschaftlichen Fragen erhöhte sich deutlich. Auf tschechischer Seite bewirkte diese Lektion freilich etwas anderes: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde nicht mehr offen und konzentriert betrieben, sondern spielte sich eher verdeckt und verteilt auf viele Kleinprojekte ab.

Auch in den folgenden Jahren gestaltete sich das Vordringen des tschechischen Kapitals in die Slowakei wenig idyllisch. Die auf verhältnismäßig breiter Basis betriebene Kreditpolitik verschiedener tschechischer Banken war begleitet von peinlich genauer Kontrolle der Geschäfte bestimmter slowakischer Geldinstitute und Aktien-

⁴ Schreiben V. Makovickýs an die *Živnostenská banka* vom 22.4.1902. Slovenský národný archív Bratislava, V. Makovický, Karton 21, Inv. Nr. 16, II/3a, T-Ž (Továrňa na cellulosu [Zellulose-Fabrik]), 916. – S. dazu auch das Schreiben der *Živnostenská banka* an V. Makovický vom 16.4.1902. E b e n d a 921.

gesellschaften. Besonders aktiv war in dieser Hinsicht die *Živnostenská banka*. Das zunächst partnerschaftliche Verhältnis wandelte sich zu einem hierarchischen; alle geschäftlichen Vorhaben mußten in Prag zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Praxis führte zu Konflikten, die vereinzelt sogar von der Presse aufgegriffen wurden; sie wurde politisiert und erwies der gesamten tschechisch-slowakischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit so letztlich einen Bärendienst. In der Regel wurden Konflikte jedoch unter der Decke gehalten, und die Repräsentanten der slowakischen Banken akzeptierten mehr – wie Vladimír Makovický an der Spitze der *Úverná banka* (Kreditbank) von Rosenberg (Ružomberok), die vor dem Ersten Weltkrieg das größte slowakische Geldinstitut war – oder weniger bereitwillig – wie Miloš Štefanovič an der Spitze der *Tatrabanka* – ihre Abhängigkeit vom tschechischen Kapital. Allerdings hatte das Mißtrauen der Tschechen erwiesenermaßen gute Gründe, war doch das Geschäftsgebaren slowakischer Betriebe häufig nicht ganz korrekt, von Vetternwirtschaft, Leichtsinns und offensichtlichen Fehlentscheidungen gekennzeichnet. Die Slowaken ihrerseits trugen schwer an den Repressalien, mit denen die Behörden Verbindungen mit tschechischem Kapital ahndeten, obwohl die Zusammenarbeit des ungarischen Kapitals mit dem tschechischen weitaus größere Dimensionen erreichte. Tschechische Banken vergaben an nichtslowakische Unternehmen Kredite oft sogar zu günstigeren Bedingungen als an slowakische.

Die Bemühungen verschiedener Protagonisten der slowakischen nationalemanzipatorischen Bestrebungen wie Milan Hodža, Július Markovič u. a. konzentrierten sich darauf, eine große slowakische Bank im politischen und finanzwirtschaftlichen Zentrum Ungarns, in Budapest, zu gründen. Ein solches Projekt zu realisieren konnte nur mit Hilfe tschechischen Kapitals gelingen. In etlichen vertraulichen und geheimen tschechisch-slowakischen Beratungen traten die Unterschiede und Disproportionen in den jeweiligen Haltungen, Meinungen und taktischen Gesichtspunkten offen zutage. Die Vorwürfe der Slowaken richteten sich vor allem gegen die Ansichten einiger Vertreter der *Živnostenská banka* und einer Gruppe um Alois Rašín, die im gemeinsamen Kampf gegen die Deutschen eine gute Basis für die tschechisch-ungarische finanzwirtschaftliche Zusammenarbeit sah. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, daß sowohl das Projekt der *Spolková banka* (Vereinsbank) als auch das der *Dunajská banka* (Donau-Bank) scheiterte. Ebenso erwies es sich als ganz logisch, daß jene Aktienbankgesellschaften, die in Budapest unter Beteiligung tschechischen Kapitals entstanden waren (so die *Ústredná banka* [Zentralbank], die *Zemská průmyslová banka* [Landesgewerbebank] und die *Uhersko-česká průmyslová banka* [Ungarisch-tschechische Gewerbebank]), zwar Ziele proklamierten, die sich zum Vorteil des nicht-magyarischen Finanzwesens und besonders des slowakischen auswirken sollten, zugleich aber ihre Geschäfte ausschließlich außerhalb der Slowakei und ihrer wirtschaftlichen Interessenssphäre abwickelten. Im Falle der *Ústredná banka* berührte die pragmatische Geschäftspolitik der tschechischen Unternehmerkreise die Slowaken besonders. Diese Bank hatten nämlich gegen Ende des Jahres 1908 die Slowaken selbst gegründet, wobei sich das Aktienkapital nur auf 200 000 Kronen belief. Es war nicht gelungen, die *Živnostenská banka* in größerem Maße dafür zu interessieren, weil sich in deren Führung inzwischen die Idee durchgesetzt hatte, eine eigene Tochtergesellschaft in der ungarischen Metropole zu errichten, die dann im Juli 1910 tatsächlich

gegründet wurde. Dies führte zu einer Revision der Haltung einer anderen Prager Bank, der *Ústřední banka českých spořitelů* (Zentralbank der tschechischen Sparkassen), die eine Beteiligung zunächst abgelehnt hatte, nun aber dazu überging, die Budapester Bank durch kreditpolitische Maßnahmen an sich zu binden, um sich ihrer schließlich auf der II. ordentlichen Generalversammlung im Februar 1911 im Handstreich zu bemächtigen. Das entscheidende Aktienpaket ging aus slowakischen Händen in ihre Gewalt über, und die Bank wurde praktisch zu einer Filiale des Prager Bankhauses. Die Slowaken verfolgten den Gang der Ereignisse überwiegend mit Unwillen und versuchten noch, als bereits über das weitere Schicksal der *Ústřední banka* entschieden wurde, die Gefahr abzuwenden und die Bank von der drohenden Abhängigkeit zu befreien. Am Ende mußten sie freilich feststellen, daß die *Ústřední banka* „nach und nach ihren ursprünglichen Charakter einbüßt und sich dadurch quasi dem Rahmen entzieht, den wir für unsere Geldinstitute als angemessen betrachten“⁵. Aus Protest gegen diese Entwicklung trat Milan Hodža von seinen Ämtern im Vorstand und im Exekutivausschuß der Bank zurück, und bald darauf wurde auch František Skyčák von seinen verschiedenen Posten in der Führung entfernt.

Die weitere Entwicklung der *Ústřední banka* verlief ähnlich wie die der beiden anderen genannten tschechischen Geldinstitute in Budapest. Ihre rege Geschäftstätigkeit deckte sich nur selten mit den Interessen des slowakischen Lagers, und die wechselseitige Entfremdung wurde zusehends deutlicher. Ab 1913 wurde die *Ústřední banka* dann immerhin zum Finanzzentrum des slowakischen Genossenschaftswesens, als sie das Inkasso der Anteile und der Beitrittsgebühren für Hodžas *Ústředné družstvo pre hospodárstvo a obchod* (Zentralgenossenschaft für Wirtschaft und Handel) übernahm. Das war freilich im Verhältnis zu den Hoffnungen, die man an die „tschechischen“ Banken in Budapest und ihre Aktivitäten geknüpft hatte, kläglich wenig.

Die Zentralgenossenschaft für Wirtschaft und Handel bildete den Gipfelpunkt eines allgemeinen Aufschwungs des slowakischen Genossenschaftswesens, der in der Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. In ganz Ungarn veränderte sich in dieser Zeit die Einstellung zur Genossenschaftsbewegung, und nun begann sich sehr energisch auch der Staat darin zu engagieren. Der Staatsmacht war nämlich bewußt geworden, welche wichtige Rolle die Genossenschaften in sozialer und ökonomischer Hinsicht spielten, und nicht zuletzt auch, daß sie eine politische Dimension hatten, waren sie doch das ideale Mittel, um die Landbevölkerung unter Kontrolle zu halten und politischen Einfluß auszuüben. Mit dem Gesetz Nr. XXIII/1898 wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, um von oben Zentralen einzurichten, die die einzelnen Genossenschaften eines bestimmten Typs in ganz Ungarn im „richtigen“, d. h. „patriotischen“ Geiste in Dachorganisationen zusammenfaßten. Wollten die Genossenschaften die Vorteile der Mitgliedschaft in einer Zentrale nutzen, konnten sie sich nur unter besonderen Umständen ihren nationalen Charakter bewahren. Die Existenz außerhalb einer Zentrale bedeutete größere Verwundbarkeit und Diskriminierung im Vergleich mit anderen, überwiegend magyarischen Genossenschaften. Ein großer Teil der slowakischen Genossenschaften, die von nationalbewußten Intellektuellen, vorwiegend Geistlichen, gegründet wurden, trat trotz dieser

⁵ Obzor [Horizont]. Slovenský peňažník 3, Nr. 3 vom 15. 3. 1911.

Nachteile keiner der Budapester Zentralen bei, um zu verhindern, daß sie wirtschaftlich ausgebeutet und politisch mißbraucht wurden. So konnten sie es bis zu einem gewissen Grad vermeiden, abhängig zu werden, sich Möglichkeiten für nationales Engagement offenhalten und verhindern, daß sich ihr Kapital in Budapest konzentrierte. Freilich bewahrte sie das nicht vor systematischem Druck und verschiedensten Obstruktionen von seiten des Staates und der Verwaltungsorgane. Nach der Jahrhundertwende waren einzelne slowakische Genossenschaften schon stark genug, um den Repressalien standzuhalten, und sofern es ihnen gelang, von ökonomischen Erschütterungen verschont zu bleiben, wuchs allmählich auch ihre Kapitalkraft. Dennoch hatten sie im Vergleich mit den magyrischen Genossenschaften eine weitaus schlechtere Ausgangsposition.

In der Westslowakei spielte bei der Gründung von Genossenschaften Pavol Blaho eine herausragende Rolle, der dem Kreis um die Zeitschrift *Hlas* angehörte und später Abgeordneter im ungarischen Reichstag wurde. Blaho ging in enger Zusammenarbeit mit mährischen Genossenschaftlern vor. Seine Agitation, publizistische Tätigkeit und andere Aktivitäten gipfelten in der Organisation von sieben sogenannten Bauernkongressen in Skalitz (Skalica). Diese dehnten ihren Einzugsbereich allmählich auch über die westslowakische Region hinaus aus und wurden zum Schauplatz von Begegnungen und Beratungen von Bauern praktisch aus der ganzen Slowakei. Da an diesen Treffen vor allem Bauern der mittleren Schicht teilnahmen, also diejenigen, die das Wahlrecht hatten, kam diesen Foren auch eine beträchtliche politische Bedeutung zu, auch wenn diese für Blaho selbst nicht im Vordergrund stand. Anders verhielt es sich im Falle eines weiteren bedeutenden slowakischen Politikers, des Abgeordneten Milan Hodža, der sich weniger auf die praktische Genossenschaftsarbeit an der Basis konzentrierte als auf Vorhaben politischen Charakters – die Gründung einer nationalen Agrarpartei und die Errichtung einer Genossenschaftszentrale, die die Gründung von Genossenschaften in slowakischen Dörfern und Städten einleiten, ihnen Unterstützung geben und ihre Tätigkeit koordinieren sollte. Die politische Dimension dieser Bemühungen wurde nicht mehr verschleiert. Die horizontal und vertikal gegliederte Organisationsstruktur der slowakischen Genossenschaften war darauf ausgelegt, die ökonomischen Grundlagen für politische Aktivitäten der Slowaken sicherzustellen. 1912 gründete Hodža in Budapest die Zentralgenossenschaft für Landwirtschaft und Handel als Zentrale für das gesamtslowakische Genossenschaftswesen. Sie kontrollierte mehr als dreißig ältere und neugegründete Genossenschaften, und nur der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte, daß ihr auch die zahlreichen Genossenschaften beitraten, die Blaho und seine Mitstreiter in der Westslowakei gegründet hatten.

Im Handel spielte die führende Rolle die *Československá jednota*, die ihre Aktivitäten in der Slowakei mit dem *Vývozní spolek* (Exportverein) und anderen Wirtschaftsinstitutionen in Böhmen und Mähren koordinierte und der es sogar gelungen war, den Tschechischen Nationalrat für ihre Bemühungen zu gewinnen. Dies entsprach dem neuen Wortlaut der Statuten der *Jednota* aus dem Jahr 1903, die auf eine Intensivierung der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit in der Wirtschaft ausgelegt waren, wobei deren politische Tragweite einkalkuliert war. Diese Bestrebungen mündeten 1911 in die Gründung einer nationalökonomischen Sektion innerhalb der *Československá jednota* ein.

Den Anfang der Zusammenarbeit zwischen dem Tschechischen Nationalrat und der *Československá jednota* markierte auch das gemeinsam ausgearbeitete Rundschreiben vom 24. Oktober 1905, das die Gründung eines Informationsbüros im slowakischen Skalitz bekanntgab. Diese Institution sollte auf allen Gebieten tschechisch-slowakische Gemeinschaftsprojekte fördern und koordinieren. In dem Motto „Stärkt die Slowakei wirtschaftlich, und ihr gebt ihr alles, was sie braucht“ formuliert der Leiter des Informationsbüros Pavol Blaho – konzeptionell nicht ganz durchdacht – dessen Ziele. Man kann sie in zwei Gruppen zusammenfassen: 1. die Slowakei für das tschechische Kapital zu öffnen und ihm dort neue Märkte zu erschließen, und 2. den Handel in „unsere“, d. h. slowakische und tschechische Hände zu überführen. Die Umsetzung der genannten Vorhaben sollte darauf hinführen, die Slowakei vom „fremden, feindlichen“ Handel und Gewerbe zu befreien, sie dauerhaft im tschechischen nationalökonomischen Programm zu verankern und ausschließlich mittels dieser wirtschaftlichen Beziehungen den „brüderlichen Bund“ beider Völker zu festigen⁶.

Blahos Ziele waren hoch gesteckt; er plante, sich auf außerordentlich vielen verschiedenen Gebieten zu betätigen; das Informationsbüro sollte in der Slowakei Aufgaben wahrnehmen, die in Böhmen und Mähren eine ganze Reihe verschiedener Institutionen versah. Nach einigen Jahren, in denen das Büro einigermaßen funktioniert hatte, stellte sich heraus, daß eine solche Vielzahl anspruchsvoller Aufgaben die Kräfte eines einzelnen überstieg. Nach der Schließung des Informationsbüros knüpfte an seine Tätigkeit verhältnismäßig erfolgreich die Handelsagentur von Jozef Parížek in Skalitz an. Sie war 1905 entstanden, und sie versorgte seit ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg das gesamte Netz der slowakischen Konsumgenossenschaften mit allen möglichen Produkten aus den böhmischen Ländern, und das nicht nur in der Region Záhorie.

Unter dem Einfluß der „Tulpenbewegung“ des Jahres 1906 begann sich auch der slowakische Handel zu politisieren. Die Niederlassung der Prager Firma V. Kordáč in Martin versprach einen „beträchtlichen Teil“ ihres Reingewinns aus dem Verkauf der Slowakischen Museumsgesellschaft zu stiften. 5% des Gewinns aus dem Verkauf von Streichhölzern wollte der Museumsgesellschaft die Rosenberger Firma J. Janček und Sohn stiften, die ihre Streichholzschachteln außerdem mit slowakischen Motiven schmückte. Vom Anfang des Jahres 1906 bis zum 18. November 1909 konnte sie Streichhölzer im Wert von 10986 Kronen verkaufen⁷.

Die Frage der Bildung einer Organisationsbasis für den slowakischen Handel beschäftigte nicht nur Pavol Blaho. 1907 gründete der ehemalige Mitstreiter des *Hlas*-Kreises und Nationalökonom Igor Hrušovský in Bánovce die *Obchodná účastinná spoločnosť* (Handels-Aktiengesellschaft), eine Institution mit eher geringem Kapital,

⁶ Flugblatt des Informationsbüros in Skalitz vom 15. 11. 1905. Slovenský národný archív Bratislava, P. Blaho, Karton 14, B II. 107.

⁷ Otvorený list (Offener Brief). Slovenský týždenník 4, Nr. 1 vom 5. 1. 1906. – Chýrnik – Slovenské zápalky [Nachrichtenrubrik – Slowakische Streichhölzer]. Národné noviny 37, Nr. 92 vom 7. 8. 1906. – Sčriften der Muzeálna slovenska spoločnosť [Slowakische Museumsgesellschaft]. Slovenský národný archív Bratislava, F. Houdek, Karton 30, Inv. Nr. 212/12.

die slowakischen Händlern und Konsumgenossenschaften dennoch mit günstigerem Kredit Einkaufsmöglichkeiten von Gewerbe- und Landwirtschaftserzeugnissen vermitteln konnte. Auch wenn die Organisation der tschechisch-slowakischen Handelsbeziehungen nicht zu ihren Prioritäten gehörte, konnte man damit rechnen, daß sie ihre Tätigkeit auch auf dieses Gebiet ausdehnen würde, sobald sie Fuß gefaßt hätte. Auch das Projekt von Bánovce scheiterte jedoch gegen Ende des Jahres 1909 endgültig am Mangel an den elementaren Voraussetzungen hinsichtlich Kapital und Organisation. Mehrere Versuche, die slowakischen Händler zu organisieren, unternahm ein weiterer ehemaliger Hlasist, Fedor Houdek. Schließlich gelang es ihm kurz vor dem Ersten Weltkrieg, eine Handelssektion innerhalb der Slowakischen Nationalpartei mit Jozef Fábry an der Spitze zu konstituieren. Weitere Aktivitäten verhinderte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Das letzte Vorkriegsprogramm der Slowakischen Nationalpartei von 1913 bedeutete einen Umbruch in ihrer Haltung zu Fragen der Wirtschaft. Es bestätigte, daß der slowakische Wirtschaftsnationalismus auch in den Kreisen von Martin fest verankert war und daß seine Postulate auch offiziell anerkannt wurden. Ein beredtes, wenn auch indirektes Zeugnis legt davon der Umstand ab, daß die Partei im letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg Papier mit dem Briefkopf des „Sekretariats des Zentralen Abgeordnetenklubs der Slowakischen Nationalpartei“ benutzte. Auf diesen Briefbögen finden sich Aufrufe wie der folgende: „Fordert in Gaststätten slowakische Zeitschriften, fordert von Handwerkern und Händlern slowakische Aushängeschilder und Bedienung in slowakischer Sprache . . . Unterstützt den slowakischen Arbeiter, den slowakischen Handel und das slowakische Gewerbe. Haltet euch konsequent an den Wahlspruch ‚Svoj k svoju!‘, was du erwirtschaftest, lege es beiseite, verwahre es in einer slowakischen Bank, und du hast gleich weniger Feinde.“⁸

Ungeachtet der bescheidenen Siege und der zahlreichen Niederlagen wurde der Wirtschaftsnationalismus zum festen Bestandteil des slowakischen nationalpolitischen Programms. Er blieb es auch, als offenbar wurde, daß es zu Veränderungen der staatsrechtlichen Ordnung in Mitteleuropa kommen würde, obwohl er zeitweilig zugunsten der aktuellen politischen Probleme in den Hintergrund getreten war. Für viele Slowaken lag auf der Hand, daß sie auch im künftigen tschecho-slowakischen Staat die Rolle des schwächeren Partners einnehmen würden, was durchaus politische Auswirkungen haben konnte und dann auch tatsächlich hatte. Die unterschiedlichen Ausgangspunkte im Hinblick auf Politik und Wirtschaft waren denn auch ausschlaggebend für die Entscheidung über die Gesetzentwürfe zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken im künftigen gemeinsamen Staat, die im Sommer 1918 getroffen wurde: den Entwurf des Tschechen Jaroslav Preiss und den des Slowaken Tomáš Tvarožek. Während der tschechische Entwurf Punkt für Punkt von den Finanzexperten der *Živnostenská banka* umgesetzt wurde, verschwand der slowakische in den Tresoren der Verantwortlichen.

Die Wirklichkeit im neugegründeten Staat ČSR bestätigte etliche Befürchtungen der Slowaken. Die ungelösten Konflikte in den wechselseitigen Beziehungen blieben

⁸ Brief von J. G. Tajovský an F. Houdek vom 19. 7. 1913. E b e n d a, Karton 4, Inv. Nr. 131.

auch unter den neuen Bedingungen wirksam und steigerten sich noch. Die schon in der Vorkriegszeit betriebene Expansionspolitik des tschechischen Kapitals und Handels ermöglichte es dem stärkeren tschechischen Partner nun, sich schon in den ersten Jahren des gemeinsamen Staates wichtiger Industriezweige wie der Gewinnung von Erzen und anderen Rohstoffen zu bemächtigen, aber auch des Kapitalmarktes und wichtiger Bereiche des Handels in der Slowakei. Alle Disproportionen und Konflikte in den wirtschaftlichen Beziehungen, die man vor der Staatsgründung noch unter der Decke halten können, kamen nach 1918 ans Tageslicht, nahmen nicht selten politische Bedeutung an und beeinflussten fortan nachhaltig die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Übersetzt von Michaela Marek